

Unterbezirkskonferenz 17.02.2024 in Kamen**Solidarität mit den Opfern der Terrororganisation Hamas –
für Jüdinnen und Juden in Deutschland und aller Welt!****Beschluss der Unterbezirkskonferenz:**

Wir stehen solidarisch an der Seite der Opfer und Angehörigen und leiden in diesen Tagen mit ihnen. Mit großer Sorge schauen wir aber dabei auch auf die humanitäre Situation im Gaza-Streifen. Auch sie sind zu einem großen Teil Opfer der Hamas.

An die Hamas und alle ihre Unterstützer richten wir deshalb folgende Botschaft: Lasst die Geiseln frei! Lasst Sie zurück zu ihren Familien und Freunden! Zeigt ein Mindestmaß an Menschlichkeit! Israel hat das Recht, sich zu verteidigen und seine Existenz zu sichern. Es muss sichergestellt werden, dass Menschen Zugang zu Wasser, Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung erhalten und sie sich in Sicherheit bringen können.

Begründung:

Uns alle hat der furchtbare terroristische Überfall der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung schockiert. Menschen wurden brutal ermordet oder verschleppt. So viele, wie seit der Shoah nicht mehr. Die AWO Ruhr-Lippe-Ems verurteilt diesen Terrorakt auf das Schärfste.

Nicht nur in Israel haben Jüdinnen und Juden Angst um ihr Leben. Auch bei uns in Deutschland erleben wir seit dem Angriff auf Israel vermehrt antisemitische Gewalt. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Brandanschläge auf Synagogen müssen genauso die volle Härte des Gesetzes und unseres Rechtsstaates erfahren, wie Hass gegen jüdisches Leben und Häme gegen die Opfer des Terrors, wie wir sie in den letzten Tagen auf vielen Demonstrationen erlebt haben. Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind hohe Verfassungsgüter in Deutschland. Es gesteht auch Menschen mit palästinensischen Wurzeln das Recht ein, auf ihre und die Situation ihrer Angehörigen hinzuweisen.

Wir lassen es nicht zu, dass dieses Recht missbraucht wird, um Antisemitismus zu verbreiten und zu Gewalt gegen Jüdinnen und Juden aufzurufen. Niemand hat das Recht dazu, zur Vernichtung des Staates Israels aufzurufen. Jetzt ist nicht nur ein wehrhafter Staat, sondern auch eine wehrhafte Zivilgesellschaft gefragt. Jeder Angriff auf jüdische Mitmenschen ist auch ein Angriff auf die Werte unserer Gesellschaft.

Dem Stellen wir uns als AWO Ruhr-Lippe-Ems entschieden entgegen.

Nach 1945, dem Nationalsozialismus als dunkelstem und grausamstem Kapitel deutscher Geschichte, hat es lange gebraucht, bis Jüdinnen und Juden soweit wieder Vertrauen fassen konnten, die Bundesrepublik Deutschland zu bereisen, Freundschaften zuzulassen und Freundeskreise aufzubauen, sich auch in der alten Heimat niederzulassen und Fuß zu fassen. Die Shoah als grausamstes Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Europa zeigt bis heute Nachwirkungen, wo jüdisches Leben trotz bis 1933 jahrhundertealter Geschichte vor Ort weiterhin ein Kapitel der Vergangenheit ist.

Im AWO UB RLE, in unserer direkten Umgebung, ist mit viel Engagement und Zuversicht Einzelner erneut jüdisches Leben, auch ein aktives Gemeinde-Leben, gewachsen. Dies ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft.

So findet sich in Unna eine von Jüdinnen Juden und Nichtjüdinnen und Nichtjuden aufgesuchte progressive jüdische Gemeinde mit eigener Synagoge. Unterstützt wird diese Gemeinde aktiv von Politik, Vereinen und Verbänden und der Stadtgesellschaft und ist Ort für Kulturveranstaltungen.

Im Hamm konnte sich nach 1945 keine eigene jüdische Gemeinde wieder gründen – Hammenser Jüdinnen und Juden gehören nunmehr zur Gemeinde Groß-Dortmund.

Im Kreis Warendorf wurde bereits 1945 versucht, ein aktives jüdisches Gemeindeleben zu etablieren, was schlussendlich an der geringen Zahl ortsansässiger Jüdinnen und Juden



scheiterte (Wechsel in die Groß-Gemeinde Münster). Über die Jahrzehnte hinweg wurde sich aber immer wieder mit den Gräueltaten im Nationalsozialismus mit unterschiedlichsten Aktionen auseinandergesetzt. Mit Paul Spiegel als Vorsitzenden des Zentralrates der Jüdinnen und Juden in Deutschland, der 1945 in seine Heimatstadt Warendorf zurückkehrte und dem 2001 die Ehrenbürgerschaft der Stadt verliehen wurde, zeichnete sich ein Warendorfer als Kämpfer für Toleranz aus.

Umso beklemmender wirkt es, wenn jüdisches Leben in Deutschland unter permanenten Polizeischutz gestellt werden muss.

Wir vergessen nicht. Wir sind uns unserer besonderen Verantwortung bewusst. Deshalb stehen wir zu dem Selbstverteidigungsrecht von Israel.

Wir hoffen auf Verhandlungen, die Freilassung der israelischen Geiseln und darauf, dass eine dauerhafte friedliche Lösung für die Region gefunden wird. Die Zivilbevölkerung in Gaza, im Westjordanland und in Israel hat das Recht auf ein Leben in Freiheit und Frieden. Wir stehen solidarisch und wehrhaft an der Seite der vielen Jüdinnen und Juden!